

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die „Kosovo-Troika“ hat soeben ihre Bemühungen um eine Verhandlungslösung für den künftigen Status des Kosovo für endgültig gescheitert erklärt. Die Führung der Kosovo-Albaner wird in naher Zukunft die Unabhängigkeit der früheren serbischen Provinz erklären – offen ist die Frage des genauen Zeitpunkts und vor allem der sich aus einem solchen Schritt in der Region ergebenden Reaktionen. Dass die Unabhängigkeitserklärung zu potenziellen „Domino-Effekten“ und einer Destabilisierung der Region führen kann, das befürchten neben den Regierenden in Belgrad und Moskau auch westliche Experten.

Durch die Unabhängigkeit des Kosovo könnte etwa die innere Krise der Föderation Bosnien-Herzegowina gefährliche Sprengkraft entfalten, so die Politikwissenschaftlerin Sabine Willenberg in ihrer Analyse der serbisch-bosnischen Beziehungen. Andererseits gibt es nach der Einschätzung des FAZ-Korrespondenten Michael Martens auch bei einer sorgfältigen Abwägung aller Gegenargumente keine Alternative zu einer raschen Selbstständigkeit des Kosovo. So könnte die bosnische Republika Srpska nach Ansicht des Autors schon deshalb keinen eigenen (ethnisch definierten) Anspruch auf Sezession ableiten, weil auf ihrem Territorium eine serbische Bevölkerungsmehrheit erst durch die gewaltsame Vertreibung von Nicht-Serben entstanden ist.

Bei aller Besorgnis in Bezug auf die Vorgänge um das Kosovo ruhen die Hoffnungen darauf, dass Vernunft und Besonnenheit obsiegen werden. Skeptiker mag vielleicht die Feststellung etwas beruhigen, dass sich Teile des westlichen Balkans auf einem überwiegend erfolgreichen und stabilen Weg befinden. Zu diesem Schluss kommen die Analysen zweier Ökonomen – Siniša Kušić zum EU-Kurs Kroatiens und Kirk Mildner zur Wirtschaftsentwicklung im (erst 2006 unabhängig gewordenen) Montenegro.

Auf EU-Neumitgliedern wie Bulgarien lastet auch heute noch schwer das Erbe der kommunistischen Vergangenheit. Gernot Erler sieht die Vollendung der noch überfälligen Reformen unter anderem durch den aktuellen Aufschwung nationalistischer und populistischer Bewegungen (als Erscheinungsformen eines „Post-Beitrittssyndroms“) gefährdet. Eine allenfalls halbherzige Entschlossenheit zur Vergangenheitsbewältigung diagnostiziert Diljana Lambreva in ihrem Beitrag zum Umgang mit den Akten der kommunistischen Staatssicherheit in Bulgarien.

Ein Schwerpunkt zu Fragen der Religion rundet diese Doppelausgabe der Südosteuropa Mitteilungen ab (Analysen/Positionen, Dokumentation, Rezensionen). Die Autoren Werner Kremm, Fabian Schmidt, Ludwig Steindorff und Miljenko Aničić werfen – mit jeweils sehr verschiedenen Ausgangspositionen – Schlaglichter auf den Zusammenhang von Religion und

Ethnizität und auf die gesellschaftliche Rolle von Konfessionen und Glaubensgemeinschaften in den Ländern Rumänien, Albanien und Bosnien-Herzegowina. Auch in diesen Beiträgen spielt die Bewältigung der Vergangenheit eine zentrale Rolle.

Wir wünschen unseren Lesern eine aufschlussreiche Lektüre und vor allem ein gutes und erfolgreiches Jahr 2008.

Ihre Redaktion

Hansjörg Brey

Claudia Hopf